

## Antrag des SPD-Landesvorstand AG 60Plus Schleswig-Holstein

Die Landeskonferenz der AG 60Plus beschließt, dass die SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein sich dafür einsetzt, dass die Ladesäulen für E-Autos nur nach einem einzigen Abrechnungssystem abgerechnet werden.

Es darf ausschließlich nur nach Kilowattstunden abgerechnet werden.

### Begründung:

Die Vielfalt von Abrechnungssystemen führt zur Intransparenz. Intransparenz führt zu Ablehnung. Es muss ein schlüssiges Abrechnungssystem analog des Abrechnungssystems beim Tanken mit fossilen Brennstoffen geben.

## Antrag des SPD-Landesvorstand AG 60Plus Schleswig-Holstein

Die Landeskonzferenz der AG 60Plus Schleswig-Holstein beschließt, dass die SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein sich dafür einsetzt, gesetzliche Maßnahmen zu ergreifen, die darauf hinwirken, dass in Alten- und Pflegeheimen auf eine altersgerechte, gesunde Ernährung sowie auf eine ausreichende Flüssigkeitszufuhr geachtet wird und dass dies auch regelmäßig überprüft wird.

### Begründung:

Die Ernährung ist für die Erhaltung der Gesundheit bis in das hohe Alter von großer Wichtigkeit. Untersuchungen haben ergeben, dass der Ernährungszustand von älteren Menschen, die noch allein leben, zufriedenstellend ist. Bei Personen, die sich in Alten- und Pflegeheimen befinden, ist das allerdings nicht immer der Fall. Hier hat man bei hochbetagten Insassen z.B. Untergewicht und Mangelernährung festgestellt. Hinzu kommt, dass viele ältere Menschen unter chronischen Krankheiten leiden. Durch eine gesunde Ernährung können diese vermieden oder hinausgezögert werden.

In der Ausbildung der Pflegekräfte gehört die Problematik schon lange zu den Ausbildungsinhalten. In der Praxis sieht es aber anders aus. Man hat den Eindruck, dass viele Heime aus reinen Kostengründen eine gesunde und ausgewogene Ernährung vernachlässigen.

Der Gesetzgeber sollte daher in diesem Bereich schnellstmöglichst tätig werden.

## Antrag des SPD-Landesvorstand AG 60Plus Schleswig-Holstein

Die SPD-Landeskonferenz AG 60Plus beschließt, dass die SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein und die SPD-Bundestagsfraktion sich dafür einsetzen, dass es eine Beschränkung ausländischer Beteiligungen an Unternehmen und Immobilien (Gebäude und Grundstücke) auf unter 50 Prozent gibt.

### Begründung:

Die in Deutschland ansässigen Unternehmen und Immobilien dürfen nicht von ausländischen Kräften dominiert werden.

## Antrag des SPD-Landesvorstand AG 60Plus Schleswig-Holstein

Die SPD-Landeskonferenz der AG 60Plus beschließt, dass die SPD-Bundeskonferenz der AG 60Plus und die Bundestagsfraktion sich dafür einsetzen, dass in Deutschland eine Beweisumkehr finanzieller Mittel nach dem Vorbild Italiens eingeführt wird

Begründung:

Deutschland ist ein Land, in dem derzeit die „Geldwäsche“ leicht gemacht wird.

Das muss ein Ende haben.

## Antrag des SPD-Landesvorstand AG 60Plus Schleswig-Holstein

Die SPD-Landeskonferenz der AG 60Plus beschließt, dass sich die SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein dafür einsetzt,

1. dass landesweit mindestens 50 Prozent der Krankenhäuser kommunal und damit gemeinnützig geführt werden.
2. dass es eine deutlich zukunftssichere Finanzierung der Krankenhäuser gibt, in denen das beschäftigte Personal auch gerade in der Pflege eine gute Ausbildung und Bezahlung erhält, so dass dem Fachkräftemangel entgegen gewirkt werden kann.

### Begründung:

Die Pandemie hat ein erhebliches Defizit im Gesundheitssystem offenbart. Im nationalen Influenzapandemieplan des RKI's Parameter 3 (Ressourcenbelastung) wird neben der Material- auf die Humanbelastung hingewiesen. Diese hat sich in allen Krankenhäusern als unzureichend erwiesen, weil das Personal in privat geführten Häusern aus Kostengründen niedrig gehalten wird, um 'akzeptable' Renditen für Anleger zu sichern. Dies führt dazu, dass nicht alle vorhandenen Betten belegt werden können, da das Fachpersonal fehlt.

Da Krankenhäuser und Kliniken zur Daseinsvorsorge gehören, dürfen diese nicht nach rein betriebswirtschaftlichen Aspekten geführt werden. Auch kommunal geführte Häuser sollen so geführt werden, dass sie möglichst eine „schwarze Null“ erwirtschaften.

## Antrag des SPD-Landesvorstand AG 60Plus Schleswig-Holstein

Die SPD-Landeskonferenz der AG 60Plus Schleswig-Holstein beschließt, dass die SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein sich dafür einsetzt, dass im Rahmen der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung Mittel eingeplant und später auch eingesetzt werden, um die ältere Bevölkerung durch spezielle altengerechte Schulungen für die Nutzung der digitalen Techniken zu befähigen.

### Begründung:

Im Rahmen der Digitalisierung werden verständlicherweise die herkömmlichen Verwaltungsverfahren nicht mehr oder nur eingeschränkt zur Verfügung gestellt. Es ist nicht selbstverständlich, dass ältere Leute mit diesen Techniken umgehen können und Ihnen somit die notwendigen Möglichkeiten erschwert oder unmöglich gemacht werden. Bei der Kalkulation des Vorteils einer digitalen Lösung muss der Aufwand für eine Ertüchtigung mit eingeplant und diese Schulung auch als Teil des Projektes oder im Rahmen einer Gesamtplanung „digitale Kompetenz“ der älteren Bevölkerung durchgeführt werden.

### Nachsatz:

Man könnte dies auch als Bedingung für alle digitalen Verfahren vorschreiben, die zum normalen Leben notwendig sind und die der Staat Unternehmen zur Durchführung überlassen hat. (Banken – Zahlungsverkehr; Post – Brief und Paketbeförderung; Bahn, Verkehrsbetriebe – Beförderung)

## Antrag des SPD-Landesvorstand AG 60Plus Schleswig-Holstein

Die SPD-Landeskonferenz der AG 60Plus beschließt, dass bis zu 15 gleichberechtigte Beisitzer\_innen in den Landesvorstand der AG 60Plus gewählt werden können.

### Begründung:

Der Landesvorstand möchte auf diese Weise versuchen, dass es möglich sein kann, dass alle Kreisarbeitsgemeinschaften der AG 60Plus sowie die Kreisarbeitsgemeinschaften der kreisfreien Städte im Landesvorstand vertreten sein könnten.

## Antrag des SPD-Landesvorstand AG 60Plus Schleswig-Holstein

Die SPD-Landeskonferenz der AG 60Plus Schleswig-Holstein beschließt, dass die SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein sich dafür einsetzt, dass ein Fonds zur Förderung speziell des Seniorensports für Initiativen und Einrichtungen geschaffen wird, die Angebote und Projekte in diesem Bereich initiieren.

Gefördert werden sollen:

- I. ein erweitertes Bewegungsangebot, der Erwerb von neuen Sportgeräten und der Ausbau von Trainingsmöglichkeiten, bzw. die Anmietung von Sportstätten.
  
- II. Gefördert werden sollen Initiativen, die generationsübergreifende Projekte mit Schulen oder Vereinen anbieten. Ziel dabei soll neben dem Gesundheitsaspekt durch Bewegung auch die Kommunikation zwischen den verschiedenen Generationen sein.
  
- III. Gefördert werden soll die Akquirierung und Ausbildung von Anleitern\*innen für den Seniorensport, die kostenfreie und öffentliche Angebote in kleinen Orten vorhalten, in denen Sportvereine und Initiativen schwer erreichbar sind.

Begründung:

Bewegung ist Leben, so heißt es. Regelmäßige Bewegung im Alter kann dafür sorgen, dass Menschen gesünder altern und selbstständig und fit bleiben — körperlich wie geistig.

Seniorensport trägt auch dazu bei, das Immunsystem zu stärken. Das bedeutet, dass man durch Sport das Risiko für typische Krankheiten im Alter reduzieren könnte. Somit ist Sport ein wichtiges wenn nicht, das wichtigste Element der Gesundheitsvorsorge und damit auch für die Gesundheit im Alter.



## Antrag des SPD-Landesvorstand AG 60Plus Schleswig-Holstein

Die SPD-Landeskonferenz der AG 60Plus Schleswig-Holstein beschließt, dass die SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein und die SPD-Bundestagsfraktion sich dafür einsetzen, dass das Überqueren von Straßen, die mit Lichtzeichenanlagen geregelt werden, folgende Punkte erfüllen müssen:

1. Die Grünphasen müssen dem Zeittempo von älteren und gebehinderten Menschen angepasst, d.h. länger eingestellt werden.
2. Es sind behindertengerechte Hilfen vorzuhalten, wie z.B. ein Signal für Sehbehinderte sowie taktile Leitsysteme und immer barrierefreie Übergänge geschaffen werden.

### Begründung:

An vielen Fußgängerampeln ist die Grünphase sowohl für Menschen mit Behinderungen als auch für ältere Menschen zu kurz, um während der Grünphase die Straße zu überqueren.

Außerdem ist es notwendig, dass sämtliche Fußgängerüberquerungen so gestaltet sind, dass sie von allen Menschen in gleicher Weise genutzt werden können, darum müssen diese barrierefrei gestaltet sein, so dass Gehbehinderte, Personen mit Kinderwagen sowie Rollstühle diese Übergänge problemlos meistern können.

## Antrag des SPD-Landesvorstand AG 60Plus Schleswig-Holstein

Die SPD-Landeskonferenz der AG 60Plus Schleswig-Holstein beschließt, dass die SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein sich dafür einsetzt, dass der Paragraph 34 Gemeindeordnung – Einberufung, Geschäftsordnung durch einen weiteren Satz im Absatz (3) mit folgendem Wortlaut ergänzt wird:

Sämtliche Vorlagen, die zur Tagesordnung gehören, sind mit der Einladung zuzustellen.

### Begründung:

Für eine gute Vorbereitung auf eine Fachausschusssitzung ist es notwendig, dass sämtliche Vorlagen und Anlagen im Rahmen der Ladungsfrist den Ausschusmitgliedern zugänglich gemacht werden.

Leider kommt es immer wieder vor, dass Vorlagen erst per Nachversand zur Verfügung stehen oder erst während der Sitzung vorgelegt werden.

Da dieser Punkt aktuell über eine Geschäftsordnung geregelt wird, bzw. geregelt werden sollte, ist es von zu vielen Parametern abhängig, dass dieser Punkt konkret gefasst wird. Eine gesetzliche Regelung in der Gemeindeordnung gibt eine landesweit einheitliche Richtlinie und ein einheitliches Verfahren vor.

## Antrag des SPD-Landesvorstand AG 60Plus Schleswig-Holstein

Die SPD-Landeskonferenz AG 60Plus Schleswig-Holstein beschließt, dass die SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein sich dafür einsetzt, dass die Fristen in der Gemeindeordnung verbindlicher benannt werden im Paragraph 41 (1) Niederschrift wird im letzten Satz das Wort „soll“ durch das Wort „muss“ ersetzt.

Zusätzlich wird folgender Satz ergänzt:

Die Niederschrift der letzten Sitzung ist spätestens mit der Einladung zur nächsten Sitzung zuzustellen.

Begründung:

Für eine gute Vorbereitung auf eine Fachausschusssitzung ist es notwendig, dass die Niederschrift für diese Vorbereitung mit hinzugezogen werden kann.

Leider kommt es immer wieder vor, dass eine Niederschrift gar nicht oder erst verspätet vorliegt.

## Antrag des SPD-Landesvorstand AG 60Plus Schleswig-Holstein

Die SPD-Landeskonferenz der AG 60Plus Schleswig-Holstein beschließt, dass die SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein sich dafür einsetzt, dass die Grundversorgung mit Alten- und Pflegeheimen nicht zum Geschäftsmodell marktwirtschaftlicher Renditeobjekte wird, sondern ähnlich wie bei Kindertagesstätten zu einer Grundversorgungsverpflichtung der Kommunen, die mit Landesmitteln auskömmlich finanziell ausgestattet werden müssen.

### Begründung:

Es haben Projektierer, Vermarkter und Investoren den falschen marktwirtschaftlichen Realisierungsansatz der Pflegeinfrastruktur als lukratives Geschäftsmodell entdeckt. Überteuerte Projekte werden mit hohen Renditeversprechen an Investoren verkauft, die dann von den Pflegebedürftigen und später von den Kommunen getragen werden müssen. Das von dem Bundesgesundheitsminister geplante Zuschusssystem wird zu einem Teil benutzt werden, um die Kosten weiter zu erhöhen. Besser wäre das Geld eingesetzt, wenn der Bund wie bei den Kindertagesstätten einen höheren Zuschuss zum Bau von Pflegeeinrichtungen durch Kommunen leistet. Mit einer aus der Einwohnerstruktur zu berechnenden Quote wird ähnlich wie bei Kindertagesstätten zum einen eine Zielgröße und zum anderen ein Maßstab für die Verteilung der Zuschüsse geschaffen. Langfristig landen dann die Bundeszuschüsse nicht bei den Investoren, sondern reduzieren die Sozialkosten der Kommunen.

## Antrag des SPD-Landesvorstand AG 60Plus Schleswig-Holstein

Die SPD-Landeskonferenz der AG 60Plus Schleswig-Holstein beschließt, dass die SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein sich dafür einsetzt, dass

1. zunächst alle Bürger\*innen ab dem 65. Lebensjahr sowie
2. alle Bürger\*innen mit einem Grad der Behinderung ab 50%

den ÖPNV in Schleswig-Holstein kostenfrei nutzen können.

Begründung:

Der Antrag soll ein Beitrag für Klimaanpassungsmaßnahmen sein.

Die AG 60 plus ist davon überzeugt, dass ein Großteil, der in der Förderung vorgesehenen Menschen das Angebot nutzen werden.

Die Taktung des ÖPNV muss gerade in der ländlichen Region deutlich verbessert bzw. erhöht werden, damit dies Angebot auch als eine echte Alternative angenommen wird.

## Antrag des SPD-Landesvorstand AG 60Plus Schleswig-Holstein

Die SPD-Landeskonferenz AG 60Plus Schleswig-Holstein beschließt, dass die SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein und die SPD-Bundestagsfraktion sich dafür einsetzen, dass das Krankenhauspersonal im pflegerischen Bereich

- a) einerseits deutlich bessere Löhne in Form einer tariflichen Bindung und
- b) andererseits akzeptable Arbeitsbedingungen garantiert.
- c) Außerdem müssen attraktive Arbeitsplätze für ältere Mitarbeiter\_innen geschaffen werden, damit die erfahrenen Kräfte nicht in andere Berufe abwandern.

### Begründung:

Gerade in der Pandemie gab es großen Zuspruch für die Mitarbeitenden in Krankenhäusern sowie Alten- und Pflegeheimen. Das war sehr ehrlich gemeint. Nun muss auch entsprechend gehandelt werden.

Es kann nicht sein, dass die Menschen, die uns am Nächsten kommen in der Pflege, diejenigen sind, die sich im Alter selber eine Pflegeeinrichtung nicht leisten können.

Um ausreichendes Pflegepersonal auch für die Zukunft zu gewinnen, gehören neben gerechten und vernünftigen Arbeitsbedingungen auch eine gerechte und angemessene Bezahlung.

Es ist auch an der Zeit, sich darüber Gedanken zu machen und Konzept zu erstellen, wie Ältere in der Pflege gehalten werden können, damit dieser reiche Schatz an Wissen und Erfahrung nicht abhandenkommt.

## Antrag des SPD-Landesvorstand AG 60Plus Schleswig-Holstein

Die SPD-Landeskonferenz der AG 60Plus beschließt, dass die SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein und die SPD-Bundestagsfraktion sich dafür einsetzen, dass künftige Ladesäulen mit normierten einheitlichen Steckern und Dosen (Kupplungen) versehen werden.

### Begründung:

Ein solches Verfahren dient der Standardisierung und eröffnet die Möglichkeit, an jeder Ladesäule den Ladevorgang durchzuführen.

## Antrag des SPD-Landesvorstand AG 60Plus Schleswig-Holstein

Die SPD-Landeskonferenz der AG 60Plus beschließt, dass die SPD-Landtagsfraktion sich dafür einsetzt, dass in Schleswig-Holstein gewerbliche Schiffe nur noch in Häfen anlegen dürfen, wenn sie Landstrom verwenden.

Innerhalb einer festzulegenden Frist gilt diese Landstromverpflichtung auch für die privat genutzten Schiffe.

Die Verbrennungsmotoren müssen während der Liegezeit abgeschaltet werden.

Begründung:

Laufende Verbrennungsmotoren in den Häfen führen zu einer erhöhten Feinstaubbelastung. Zudem ist es ein weiterer Schritt zur Erreichung unseres Klimazieles.



## Antrag des SPD-Landesvorstand AG 60Plus Schleswig-Holstein

Die SPD-Landeskonferenz der AG 60Plus Schleswig-Holstein beschließt, dass die SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein eine detaillierte Aufgliederung der bisherigen Kosten der Covid19-Pandemie erstellt.

Hierbei möge die Aufgliederung folgende Punkte enthalten:

1. Was hat die Pandemie der Landesregierung gekostet?
2. Woher kamen diese Gelder (Bund, Kommunen, etc)?
3. Wurden die Gelder pandemiebedingt eingesetzt?

Begründung:

Die Pandemie ist noch nicht zu Ende. Keiner weiß, ob der Höhepunkt überschritten ist oder noch bevorsteht. Trotzdem wird in der Bevölkerung immer öfter mit Besorgnis die Frage nach der Finanzierung gestellt.

Nun stellt sich die Frage, ist diese Sorge berechtigt?

## Antrag des SPD-Landesvorstand AG 60Plus Schleswig-Holstein

Die SPD-Landeskonferenz AG 60Plus Schleswig-Holstein beschließt, dass die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-Bundestagsfraktion sich dafür einsetzen, damit eine Überarbeitung des nationalen Pandemieplans mit dem Ziel erfolgt, die Erkenntnisse und Erfahrungen aus der Pandemie einfließen zu lassen, um zukünftige Pandemien besser begegnen zu können.

Folgende Punkte sollen dabei beachtet werden:

- a. Die Herstellung von medizinischen Produkten muss innerhalb Deutschlands sowie in Europa erfolgen.
- b. Es muss eine strukturierte Vorratsplanung innerhalb Deutschlands sowie in Europa umgesetzt werden.
- c. Es muss eine personelle Ausstattung im „Öffentlichen Gesundheitsdienst“ sowie in den Krankenhäusern erreicht werden, die einer erneuten Pandemie entsprechend begegnen kann.

Begründung:

Die Auslagerung der Herstellung von medizinischem Gerät, Material (Masken, Spritzen, Desinfektionsmittel, Handschuhe u.s.w.) und Medizin in Drittländer hat während der Pandemie zu großen Versorgungslücken geführt.

Unser Gesundheitssystem ist erheblich geschwächt, da systematisch Personal im „Öffentlichen Gesundheitsdienst“ abgebaut wurde, dies gilt es jetzt wieder auf- und auszubauen.

## Antrag des SPD-Landesvorstand AG 60Plus Schleswig-Holstein

Die SPD-Landeskonferenz AG 60Plus Schleswig-Holstein beschließt, dass die SPD-Landfraktion Schleswig-Holstein sich dafür einsetzt, dass die verabschiedeten Änderungen zur Pflegereform im Bereich der ambulanten Pflege nachgebessert werden, u.a. müssen folgende Punkte eingefügt werden:

1. Die Begrenzung der Eigenanteile an den pflegebedingten Aufwänden in der ambulanten Pflege durch einen prozentualen Leistungszuschlag gestaffelt nach der Dauer der Pflege ab dem 1.1.2022 analog zur stationären Pflege.
2. Der Bereitschaftsdienst von Pflegekräften im ambulanten Bereich soll voll bezahlt werden und zwar mindestens zum Mindestlohn und wird über die Pflegekassen abgerechnet.

### Begründung:

Der Wunsch nach „ambulant“ vor „stationär“ wird weiterhin aktiv verfolgt, d.h. wo es möglich ist, sollen Pflegebedürftige möglichst ambulant gepflegt und betreut werden und nicht stationär. Dieses „Modell“ wird auch in Schleswig-Holstein bereits seit Jahren verfolgt.

Die Arbeit der Familien und Angehörigen hat der Staat dankend in Anspruch genommen und sie überfordert. Und nun ist es besonders schwierig für sie, die nur ambulante Pflegesätze erhalten. Da ist auf der einen Seite das Urteil des BAG, dass zu Recht verlangt, dass auch der Bereitschaftsdienst von Pflegekräften voll bezahlt werden muss und zwar zum Mindestlohn.

Die ambulante Pflege in den Familien und Heimen des betreuten Wohnens muss gleichgestellt werden mit der stationären Pflege. Es ist doch nicht zu vertreten, dass die Pflege von Angehörigen nicht ebenso wertgeschätzt wird wie die Pflege in Heimen.

## Antrag des SPD-Landesvorstand AG 60Plus Schleswig-Holstein

Die SPD-Landeskonferenz der AG 60Plus Schleswig-Holstein beschließt, dass die SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein sich dafür einsetzt, dass für E-Autos zukünftig mindestens 50% der öffentlichen Ladesäulen sogenannte „Schnell-Lade-Säulen“ sind.

### Begründung:

Lange Ladezeiten verhindern die Akzeptanz der Elektromobilität und blockieren die vorhandenen Lade-Säulen.

Antrag des SPD-Landesvorstand AG 60Plus Schleswig-Holstein

Die SPD-Landeskonferenz der AG 60Plus beschließt, dass die SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein sich dafür einsetzt, dass eine Sektorenkopplung für Wasserstoff bei Windenergieanlagen (WEA) vorgeschrieben wird.

Die Windenergieanlagen (WEA) dürfen nur noch zu Wartungszwecken abgeschaltet werden.

Sollte die Windenergie nicht abgenommen werden können, muss die Windenergie in dieser Zeit mit höchst möglicher Energie Wasserstoff produzieren.

Begründung:

Wasserstoff ist ein Energieträger und Energiespeicher, der vielfältig verwendet werden kann und viel zu wenig zur Verfügung steht.

Stillstehende WEA sind Ressourcenverschwendung.

## Antrag des SPD-Landesvorstand AG 60Plus Schleswig-Holstein

Die SPD-Landeskonferenz der AG 60Plus beschließt, dass die SPD-Landtagsfraktion ein Konzept erarbeitet, dass die Vereinsamung der alten und hochbetagten Bürger\*Innen während einer Pandemie entgegenwirkt. Bereits im 31. Und 32. Altenparlament sind Anträge der AG 60Plus gestellt und beschlossen worden, die eine Isolation der alten Menschen verhindern mögen. (Alltagsintegration und Digitalisierung). Diese sind im geforderten Konzept zu integrieren. Im Vorfeld sind die technischen und wo nötig auch die finanziellen Voraussetzungen zu schaffen.

### Begründung:

Der nationale Influenzapandemieplan des Robert-Koch-Instituts weist in den drei Parametern, die eine Pandemie ausmachen können, auf das epidemische Potential in der Bevölkerung hin. Hierzu sind unsere alten und älteren Bürger\*Innen zu zählen.

Die Covid 19-Pandemie hat in Bezug auf den Umgang mit unseren Senior\*Innen die Schwachstellen aufgezeigt. Das einzige Konzept war „totale Isolation“ – zwar zu ihrem Schutz aber mit fatalen Nebenwirkungen. Neben der Vereinsamung kam es in vielen Fällen auch zu einer deutlichen Verschlechterung des allgemeinen Gesundheitszustandes. Menschen, die ihre regelmäßigen Anwendungen nicht erhielten, aber dauerhafte Schäden davon getragen oder wurden in ihren Genesungsprozess wieder weit zurückgeworfen.

## Antrag des SPD-Landesvorstand AG 60Plus Schleswig-Holstein

Die SPD-Landeskonferenz der AG 60Plus beschließt, dass die SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein und die SPD-Bundestagsfraktion sich dafür einsetzen, dass es ein Überholverbot für LKW auf allen zweispurigen Autobahnen und Bundesstraßen in Deutschland gibt.

### Begründung:

Die sogenannten „Elefantenrennen“ führen zur Behinderung des fließenden Verkehrs. Dadurch bilden sich Staus und die Umwelt wird extrem belastet, weil bremsende, stehende und anfahrende Autos sehr viel Energie verbrauchen. Zusätzlich stellen sich gegenseitig überholende LKW eine zusätzliche Unfallgefahr dar.

## Antrag des SPD-Landesvorstand AG 60Plus Schleswig-Holstein

Die SPD-Landeskonferenz der AG 60Plus Schleswig-Holstein beschließt, dass die Landtagsfraktion Schleswig-Holstein und die SPD-Bundestagsfraktion sich dafür einsetzen, dass Maßnahmen ergriffen werden, die auf eine Abschaffung unnötiger und ungesunder Inhaltsstoffe in Lebensmitteln (häufig in sogenannten Fertigprodukten) hinwirkt.

### Begründung:

Einige Lebensmittel, die wir täglich essen, sind deutlich ungesünder als wir denken – und einfach nur unnötig. Die Inhaltsstoffe, die sich darin befinden machen unnötig dick und erzeugen teilweise sogar Krebs. Sie werden von der Industrie lediglich aus Gründen der Kostenersparnis verarbeitet. Die Hersteller verwenden beim Verkauf der Produkte gewiefte Marketingstricks wie „30% weniger Zucker oder nur 0,1% Fett“. Was aber in Wahrheit oft nicht stimmt.

Auf EU- und Bundesebene wird zum Teil schon an dieser Problematik gearbeitet. Dies allerdings nur sehr halbherzig. Der Landtag sollte hier zusätzliche Maßnahmen ergreifen oder über den Bundesrat verstärkt tätig werden.